

Bewerbung für die Bundestagskandidatur im Wahlkreis Lüchow-Dannenberg-Lüneburg

Liebe Freundinnen und Freunde,

dieses Jahr kam anders als gedacht: wir alle erleben zum ersten Mal eine Pandemie, und die stellt unser Leben ziemlich auf den Kopf. Zwar haben Institutionen und Gesellschaft schnell auf die Erkenntnisse aus der Wissenschaft reagiert – und das ist gut so. Aber viele Menschen haben nicht verstanden, warum die Bundesregierung Milliarden Euro bedingungslos für Konzerne locker macht, während für Familien erst nach langem Ringen und dann auch noch recht bescheiden ein Corona-Kindergeld ermöglicht wurde. Die Corona-Krise zeigt soziale Ungerechtigkeit wie unter einem Brennglas. Wir Grüne werden auch bei diesem Thema kein Stück nachlassen: Den Wohlstand unseres Landes so fair zu verteilen, dass alle ein gutes und selbstbestimmtes Leben führen können. Und wir fordern, dass auch Bildung und Kultur - nicht nur in der Krise, aber jetzt besonders - die Unterstützung bekommen, die sie brauchen.

Und währenddessen macht auch die Klimakrise keine Pause – im Gegenteil: unser Planet hat Fieber, die Menschheit hat ihn schon um mehr als ein Grad aufgeheizt und die Treibhausgasemissionen steigen weiter. Wir kennen die Diagnose, die Ursache und hätten sogar das Rezept dagegen: Aber im Bundestag gibt es keine Mehrheit für eine angemessen ambitionierte Klimaschutzpolitik. Dasselbe beim Thema Artenvielfalt – der dritten Krise unserer Zeit. Als Umweltwissenschaftlerin erschüttert mich das zutiefst und macht mich wütend. Und auch für mich als Demokratin, für die Generationengerechtigkeit und internationale Solidarität zentrale Werte sind, ist das Agieren der Bundesregierung zum Haare raufen.

Und währenddessen haben wir in der Gesellschaft so viele Verbündete, die Energiewende, Verkehrswende und Agrarwende mitgehen und selbst umsetzen wollen, die aber ausgebremst werden von der schwarz-roten Bundesregierung.

Bestes Beispiel: Menschen, die in den letzten 20 Jahren Bürgerwindparks geplant haben oder gemeinsam Solaranlagen auf Schuldächer geschraubt haben – denen legt die Bundesregierung seit Jahren immer neue Steine in den Weg und deckelt den Ausbau der Erneuerbaren. CDU/CSU und SPD verhindern damit wichtige Investitionen in die Zukunft, die die Menschen vor Ort tätigen wollen.



Dr. Julia Verlinden

Jahrgang 1979, verheiratet

Dipl.-Umweltwissenschaftlerin,
Dr. phil (Universität Lüneburg)

seit 2013 Mitglied des
Bundestags, dort im
Wirtschaftsausschuss und
Sprecherin für Energiepolitik für
die grüne Bundestagsfraktion

2006-2013 Wissenschaftliche
Mitarbeiterin am
Umweltbundesamt, zuletzt
Fachgebietsleiterin
Energieeffizienz

2002-2011 Kommunalpolitik
Lüneburg: erst Stadtrat, dann
Kreistag Lüneburg

seit 1998 Mitglied bei
Bündnis 90/Die Grünen

sonst: Wandern, Elberadweg,
Krimis, joggen, Yoga

www.julia-verlinden.de

julia.verlinden@bundestag.de

Twitter: @julia_verlinden

Instagram: @j_verlinden

Facebook: jul.verlinden

Und zugleich geben sie den dreckigen Kohlekraftwerken eine Bestandsgarantie für viele Jahre und zahlen für einen späten Ausstieg sogar Milliarden Euro Entschädigungen, die das lange Festhalten an eine Technologie aus dem vorletzten Jahrhundert auch noch belohnt. Und anstatt nun volle Kraft auf die Energiewende, also Energieeffizienz und Erneuerbare zu setzen, gibt es von der Bundesregierung Subventionen für neue Erdgas-Infrastruktur – irgendwer hat das mit dem Ausstieg aus allen fossilen Energien leider immer noch nicht verstanden!

Das Atom-Risiko begleitet uns noch eine Million Jahre. Es ist richtig, dass Gorleben aufgrund geologischer Kriterien nun endgültig aus dem Endlager-Standort-Suchverfahren gefallen ist. Das ist dem langen Atem von Bürgerinitiative, Umweltgruppen, uns Grünen und vielen Menschen zu verdanken, die seit Jahrzehnten drauf hingewiesen haben, dass es wissenschaftliche Gründe gegen diesen Standort gibt. Deswegen werde ich mich weiterhin dafür einsetzen, dass Wissenschaft, Transparenz und Beteiligung die verantwortungsvollen Maßstäbe sind, denn die Suche nach einem Endlagerstandort mit der bestmöglichen Sicherheit ist eine Aufgabe, die uns alle auch weiterhin angeht.



Nun bewerbe ich mich erneut bei Euch als Wahlkreiskandidatin. Ich bin hier in der Region gut vernetzt, bekomme von den Menschen viel unterstützende Rückmeldung und hatte mit Euch zusammen bei den letzten Bundestagswahlen ein sehr gutes Ergebnis geholt.

Es war wichtig, dass ich Ansprechpartnerin und Verbündete aus dem Bundestag sein konnte für die Menschen in der Region, die sich eine progressive Politik wünschen. Sei es bei den Themen Anti-Atom, für eine bessere Bahn- und Fahrradinfrastruktur, gegen Fracking, für soziale Gerechtigkeit, eine humane Flüchtlingspolitik, Klimaschutz, beim Kampf gegen rechts oder für Frauenrechte, und diese Liste ist lange nicht komplett.

Mit Euch zusammen möchte ich im kommenden Jahr für ein gutes Wahlergebnis kämpfen, damit im Bund endlich ein Politikwechsel möglich wird.

Ob auf der Straße, an den Haustüren oder digital: Der Wahlkampf im kommenden Jahr wird wegen Corona vermutlich besonders kreativ und flexibel sein (müssen). Wir sind eine Partei mit kleinem Budget, aber Ihr alle, unsere Mitglieder, habt dafür umso mehr Power und begeistert auch andere für grüne Politik. Wenn Ihr damit loslegen wollt, dann tragt Euch ein für die Kampagne „Es beginnt #mitdir“ <https://www.gruene.de/mitdir> vom Bundesverband.

Meldet Euch gern bei mir, wenn Ihr Fragen oder Feedback habt zu meiner Arbeit oder zu dieser Bewerbung. Herzliche Grüße, Julia